

Ratschläge für unsere Werbearbeit

I. Aufgabe : Suchen, Finden durch Beobachten !

Ein grosser Teil der Massen ist mit seiner Lage unzufrieden. Diese Unzufriedenheit wird nach Breite und Tiefe wachsen; ~~unmittelbar~~ zunächst allmählich, im weitern Verlauf rascher.

Reineberflächlich betrachtet sind die unzufriedenen Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte einander gleich. Und doch gibt es unter ihnen solche, die unzufriedener sind als die andern, über ihre Lage nachdenken, über deren Ursachen sinnen und darüber, was zu tun, ~~was~~ Manche davon suchen andre Arbeiter auf, von denen sie annehmen, dass sie mehr verstehen; sie wollen sich aussprechen, suchen Klarheit, Ja, da und dort gibt es ausnahmsweise auch schon Arbeiter, die zu zweit, zu dritt, zu viert, zu fünf zusammenkommen und Aussprache pflegen über ihre Lage.

Dieser Umgruppierungsprozess geht in der Tiefe vor sich, ist ~~er~~ ausserlich nicht zu sehen. Die besonders unzufriedenen Arbeiter innerhalb der Masse s u c h e n und f i n d e n - das ist jetzt die 1. Aufgabe unserer Werbearbeit.

Durch geduldiges, sorgfältiges B e o b a c h t e n (mit Auge und Ohr) am Betrieb, in Arbeiterorganisationen (auch Arbeiterturn- und Arbeitergesangsvereinen) und überhaupt dort, wo Arbeiter in grösserer Zahl beisammen sind (auch in Arbeiter-Wohnquartieren) müssen unsere Propagandisten die besonders unzufriedenen Arbeiterelemente suchen und e n t d e c k e n.

So wird unser Propagandist unter einer grössern Zahl von Arbeitern 2, 3, 4, 5, 6 besonders unzufriedene finden. Seine Beobachtungen werden ihn dazu führen, sich eine Rangordnung zu machen. Er wird sich zunächst an Nr. 1 wenden, den er als den aussichtreichsten einschätzt.

Über all dies fortgesetzt der AAP berichten. So werden die beim Suchen, Finden, Beobachten gemachten Erfahrungen am schnellsten allen unsern Propagandisten zugänglich gemacht werden.

II. Aufgabe : P r ü f e n !

Nun muss unser Propagandist überlegen: w i e h e r a n an Nr. 1? Das stellt ~~2~~ Unteraufgaben:

A) Mit welchen Fragen soll er an Nr. 1. herantreten, um ihn zum Sprechen zu bringen und die Höhe seines proletarischen Bewusstseins zu ergründen.

Es muss eine besonders a k t u e l l e Frage sein. Im gegenwärtigen Zeitpunkt und für absehbare Zeit ist dazu am geeignetesten die kapitalistische Rationalisierungsoffensive zum Steigern der A r b e i t s l e i s t u n g, die die Bourgeoisie mit Hilfe der SP und Gewerkschaftsbürokratie eben einleitet. Diese Kampagne zum Steigern der A m s b e u t u n g, des Mehrwerts, des P r o f i t s wird längere Zeit vergetrieben werden.

B) Als Beispiel dazu soll sich unser Propagandist ausrüsten mit a) der AZ vom 4.8.53, worin der Leitartikel "Leistungssteigerung und Leistungslohn" diese Kampagne in Österreich eingeleitet hat - oder mit diesem oder jenem Gewerkschaftsblatt, worin diese Frage behandelt wird.

b) Er muss gut durchstudieren den Artikel "Profithelfer!" in AB Nr. 54.
c) Er muss sehr gut durchstudieren unsere Broschüre Nr. 5 "Was muss heute der Arbeiter von der kapitalistischen Ausbeutung ganz besonders verstehen. Insbesondere muss er an der Hand dieser Broschüre durchstudieren die Methoden der Produktion des r e l a t i v e n Mehrwerts; wie die kapitalistische Anwendung der Technik und die organisatorischen Verbesserungen der kapitalistischen Produktion und Zirkulation zum Steigern der Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten führt."

C) Im Notfall genügt es zu Nr. 1 zu sagen: In Österreich wurde jetzt die Kampagne zum Steigern der Arbeitsleistung eingeleitet, angeblich um ihren Lohn, ihren Lebensunterhalt zu verbessern. Hast Du davon schon gehört? Hast Du den Leitartikel in der AZ vom 4.8.53 gelesen?

#folgende

Oder das Gewerkschaftsblatt vom.....? Was sagst Du dazu? Ich möchte gern Deine Meinung darüber hören und mich mit Dir darüber aussprechen?

b) Du musst die richtige Gelegenheit suchen, wählen, um dieses Herantreten an Nr. 1 so zu bewerkstelligen, dass Du ihn 5-10 Minuten ungestört sprechen kannst

E) Zweck: Vereinbarung einer Zusammenkunft (zB eines gemeinsamen Spaziergangs oder gar Ausflugs), wo Du mit ihm a l l e i n 2 oder mehr Stunden u n g e s t ö r t sprechen kannst. (Heranziehen von andern erschwert die Aussprache, verwirrt).

III. Aufgabe: Gründlicheres Prüfen!

a) Hast Du den Artikel der AZ 4.8.33 g e gelesen? Was sagst Du d a z u?

Drei mögliche Antworten: 1) Ich sehe Vorteile; 2) ich sehe Nachteile; 3) ich bin mir noch nicht klar.

B) Gegenüber allen drei Antworten gehst Du dem Wesen nach wie folgt vor:

a)

Lass uns die Frage zunächst vom Standpunkt des Einzelarbeiters prüfen.

Du sollst zB um 20 % mehr Arbeit leisten und bekommst im besten Fall um 20 % mehr Lohn. (Viel wahrscheinlicher ist, dass Du weniger bekommst, zB 10 %, denn es soll doch eine Steigerung des P r o f i t s für den Kapitalisten herauskommen, ob dieser nun ein Einzelkapitalist oder Aktiengesellschaft oder kapitalistischer Staat ist!).

Nimm den günstigsten Fall: Du bekommst für 20 % Arbeitsleistung mehr 20 % mehr Lohn. Erhöchst Du damit tatsächlich Deinen Lohn, verbesserst Du so tatsächlich Deinen Lebensunterhalt?

Du musst doch diese Mehrleistung stündlich, täglich, wöchentlich, monatlich, jährlich leisten! Könnstest Du das, ohne Deine Mehrvermögen Muskeln-, Nerven-, Geisteskraft immer wieder zu reproduzieren? Willst Du das und Du musst das wollen, so bist Du gezwungen, um 20 % m e h r für alle möglichen Dinge und Leistungen auszugeben, um immer wieder Deine Arbeitskraft wieder herzustellen, die durch d e n erhöhte Leistung verzehrt wird.

~~herausgegeben~~ Denn Du musst ebenso g u t viel an Arbeit h e r a u s g e b e n Du gewinnst dabei nichts: k r a f t m e h r hergeben als Du "mehr" an Lohn bekommst.

b)

Und nun lass uns die Frage vom Standpunkt a l l e r Arbeiter betrachten.

Ihre Arbeitsleistung wird um 20 % gesteigert. Das heisst: eine Arbeit, die bisher von 100.000 Arbeitern geleistet wurde, kann dann von 80.000 Arbeitern geleistet werden. Und was geschieht mit den 20.000 Arbeitern? Sie werden überschüssig, a r b e i t s l o s. Auch Du kommst Dich dann unter den Arbeitslosen befinden! Für die 2 Millionen österreichischen Lohnempfänger würde das die Arbeitslosigkeit von 400.000 bedeuten! Das würde jedenfalls auf die Löhne der Beschäftigten drücken!

Wer allein hat davon den Nutzen? Die Bourgeoisie! Sie erspart d e n Lohn von 400.000 Arbeitern und Angestellten. Die Arbeitslosenunterstützung holt sie aus den Beschäftigten heraus. Ausserdem hätte sie die 20%ige Mehrleistung der 1.600.000 Arbeiter, also wesentlich grössern Profit. Alles auf Kosten der Arbeiterklasse.

c)

In vielen Fällen besteht die Rationalisierungsoffensive im Einführen verbesserter Maschinen. Das tun immer mehr Unternehmer. Auch das führt beim kapitalistischen Anwenden der Maschinen zum Überschüssigmachen von Arbeitern, zur Arbeitslosigkeit mit ihren Konsequenzen. Ausserdem: die besseren Maschinen senken die Arbeitszeit, die zum Erzeugen aller möglichen A r b e i t s p r o d u k t e i s t d i e v e r w e n d e t w e r d e n

in den Konsum der Arbeiter eingehen, ^{den Artikel und Leistungen} ~~verbilligt~~. So wird die zum Wieder erzeugen der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit gesenkt, verkürzt, die Mehrarbeit, die unbezahlte Arbeit, die Ausbeutung gesteigert.

Die kapitalistisch angewandte Technik führt zur gesteigerten Ausbeutung der Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten, zur Produktion höheren relativen Mehrwerts.

d) In vielen Fällen verbessern die Kapitalisten die innere Organisation der Produktion oder Zirkulation. Das ergibt höheren Mehrwert, grösseren Profit.

Das schaut z.B. so aus: Ein Maurer in USA legte durchschnittlich in der Stunde 400 Ziegeln samt dem nötigen Mörtel. Dabei musste er sich immer wieder nach den Ziegeln und dem Mörtel bücken. Nun haben das die Bauunternehmer in USA so organisiert, dass er sich nicht mehr ~~dort~~ bücken muss. Das erspart dem Maurer in der Tat viel Arbeit, erleichtert ihm tatsächlich die Aufgabe - das ist wahr! - dafür jedoch muss er den entscheidenden Griff des Ziegellegens und Mörtellegens doppelt so oft als früher machen, 800 Ziegel pro Stunde samt Mörtel legen!.. Er hat ~~ebenfalls~~ ^{ebenfalls} viel Arbeitskraft auszugeben als früher!.. Gewiss er bekommt um ~~etwa~~ ^{etwa} 25% Lohn mehr aber für eine ~~etwa~~ ^{etwa} 25% grössere Verausgabung von Arbeitskraft... Überdies werden dadurch viele Maurer überschüssig, arbeitslos... Den Profit davon haben die Bauunternehmer.

Auch die Verbesserungen der Organisation der Produktion und Zirkulation kommen - auf kapitalistischer Grundlage - nicht den Arbeitern zu gute sondern den Kapitalisten, in Form gesteigerten Profits!

Gerade das ist ja der Zweck der ganzen Übung. Darüber, jedoch, über diese Hauptsache - schweigen die Kapitalisten und ihre "sozialistischen" Helfer!

c) Alle diese Methoden werden besonders gründlich in Stalinrussland und in "Volksdemokratien" (Mao-China inbegriffen) betrieben) als Stachanowismus. Arbeiter mit Rekordleistungen, um die andern Arbeiter anzuspitzen!

Das geschieht dort nicht zum Steigern des Profits für die Stalinbürokratie. Die Arbeiter dort werden auf das gründlichste und immer gründlicher ausgesaugt, aber nicht zum Steigern des "Profits" - wohl aber werden sie dort von der Stalinbürokratie - legal und illegal - immer gründlicher regelrecht bestohlen, die einen immer grösseren Teil des Sozialprodukts durch Diebstahl, Betrug, Veruntreuung an sich reissend. Die Stalinparteien suchen das Weltproletariat über diese Tatsache durch schönfärberische Schwindelberichte zu täuschen.

b) Der Trick der kapitalistischen Rationalisierungsoffensive besteht in folgendem:

1) Das, was für die Arbeiter die Hauptsache ist, wird verschwiegen, dass nämlich diese ganze Rationalisierung dem Profit dient!
2) Sie belügen Euch, indem sie die scheinbaren Vorteile für Euch herausstreichen und übertrieben - aber zugleich die Nachteile für Euch verkleinern oder überhaupt verschweigen! Sie reden Euch schwindlerisch ein, dass Ihr dabei gewinnt!...

Ist Dir das klar? Bist Du anderer Meinung und welcher oder stimmst Du mit mir? Wenn Du anderer Meinung, sag sie, begründe sie, damit wir uns darüber ausprechen.

Da Du mir aber zustimmst, so ergibt sich nun die weitere Frage: welche Schlussfolgerungen müssen wir Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte daraus ziehen?

IV. Die Schlussfolgerungen für die Arbeiterschaft

Unser propagandistische Bemühen um jeden Arbeiter muss heute und für absehbare Zeit auf folgendes Ziel, ausgerichtet sein:

A) Die kapitalistische Rationalisierungsoffensive dient dem Profit! Wieso kommt es, dass SP, AZ, Gewerkschaftsbükratie, Gewerkschaftsorgane die Trommel dafür rühren, um die Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten dafür zu gewinnen, auf diese Methoden der gesteigerten Ausbeutung widerstandlos einzugehen?

Wir wollen annehmen, dass die Führer der SP und der Gewerkschaften die besten, ehrlichsten Absichten haben, der Arbeiterschaft zu nützen. Entscheidend aber ist und bleibt, wie ihr Handeln wirkt, was dabei für die Arbeiterschaft tatsächlich herauskommt.

B) SP und Gewerkschaftsbürokratie wollen es a l l e n recht machen, den Kapitalisten sowohl als auch den Arbeitern, sie wollen ehrlich a l l e n dienen! Das sprechen sie offen aus mit ihrer Losung: Alles für die A l l g e m e i n h e i t!

Immer wieder betonen sie: Die (kapitalistische) "Wirtschaft" - das sind wir a l l e; der (kapitalistische) Staat - das sind wir a l l e! Wir alle müssen der Allgemeinheit dienen!

Ja, wir müssen l e t z t e n E n d e s für a l l e. für die Allgemeinheit arbeiten, kämpfen, wirken - allein das ist durchführbar erst, bis der vollendete proletarische Weltsozialismus w i r k l i c h aufgebaut ist. Heute aber leben wir noch in der k a p i t a l i s t i s c h e n Gesellschaft!!!

In der heutigen Gesellschaft zerfällt die "Allgemeinheit" noch immer vor allem in Kapitalisten und Lohnarbeiter (Lohnangestellte). Kann man den Interessen beider Klassen zugleich dienen? Ist das überhaupt möglich?

a) Nimm den Profit und den Lohn: Kann man - bei ehrlichster Absicht - dem Profit und Lohn zugleich dienen? Das ist unmöglich!!! Wenn jemand dennoch so handelt - sei er noch so ehrlich, habe er die allerbesten Absichten: wer hat von seinem ehrlichen Handeln den Vorteil: die Ausbeuterklasse - und wer den Nachteil: die Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten: für die schaut dabei unvermeidlicherweise heraus gesteigerte Mehrarbeit, vermehrte unbezahlte Arbeit, gesteigerte Ausbeutung, die den Andern höhere P r o f i t e einbringt!

b) Nimm die Preise: Die Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten brauchen niedrige Preise, um mit ihrem kargen Lohn das kaufen zu können, was sie für sich und ihre Familie brauchen - die Kapitalisten sind für höhere Preise und sie haben auch die Macht, sie in der Regel durchzusetzen, ihnen bringt das höhere Profit, den Arbeitern niedrigere Real-löhne.

c) Nimm die Steuern: Die Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten haben so niedrige Löhne, dass sie sich und ihre Familie schwer versorgen und noch viel schwerer vorwärts bringen zu bringen vermögen. Wer auf dem Boden der Arbeiterklasse steht, der muss dagegen kämpfen, dass die Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten Steuern für den kapitalistischen Staat aus ihrem kargen Lohn entrichten - die Kapitalisten dagegen legen die Steuerlast vor allem auf die Arbeiterklasse und sie haben in ihrem kapitalistischen Staat dazu auch das nötige Machtinstrument. --

In a l l e n wichtigen Lebensfragen laufen die Interessen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse

g e g e n e i n a n d e r!!!

Wem also dient die Losung der "Allgemeinheit"? Zu wessen Gunsten m u s s sie sich im Kapitalismus a u s w i r k e n? Wer wird dabei immer reicher - wer immer ärmer? Wer wird dabei, dadurch immer stärker - wer immer schwächer? Reicher, stärker wird dabei immer mehr die Bourgeoisie - ärmer, schwächer wird dabei immer mehr das Proletariat!

Die SP, ihre Führer, auch die Gewerkschaftsführer, die - wenn auch in bester, ehrlichster Absicht, doch tatsächlich und hartnäckig in der kapitalistischen Gesellschaft mit die "Allgemeinheit" kämpfen, a l l e n es recht machen wollen, s c h ä d i g e n die Arbeiterklasse auf das schwerste!

SP und Gewerkschaftsbürokratie bewegen sich beim politischen Kampf in der M i t t e zwischen Bourgeoisie und Proletariat und versuchen von hier aus b e i d e n Klassen zu dienen. Zwangsläufig müssen sie so zu Gunsten der Ausbeuterklasse, g e g e n die Arbeiterklasse, g e g e n die ausgebeuteten Massen wirken und sie tun das auch in der Tat!

C) Was ergibt sich daraus politisch?

Kämpfen SP und Gewerkschaftsbürokratie tatsächlich für die Interessen der Arbeiterschaft? N e i n! Sie helfen in Wahrheit der Bourgeoisie auf Kosten der Massen.

für

Aber sie brauchen die Massen, um politisch Gewicht zu haben. Deshalb sind sie gezwungen, ihre Politik der Arbeiterschaft zu verhüllen, zu vernebeln, sie über die schädlichen Wirkungen dieser ihrer Politik zu täuschen! Sie tun das, indem sie sich in allerbesten Absicht, ehrlich einreden, dass sie damit der Arbeiterschaft nützen, dass ändert aber ganz und gar nicht die schädlichen Wirkungen ihrer Politik für die Arbeiterklasse. Im Gegenteil: durch diesen Nebel wird der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie erschwert!!!

D) Was ergibt sich daraus gewerkschaftlich? Unter der Führung der Gewerkschaftsbürokratie und der SP haben die Gewerkschaften aufgehört Kampforganisationen zu Gunsten der Arbeiter zu sein, sie sind Instrumente geworden, die wirkt zu Gunsten des Profits wirken.

E) So erklärt es sich, warum die Bourgeoisie die SP und die Gewerkschaftsbürokratie in die kapitalistische Regierung heranzieht, in die (kapitalistische) Koalitionsregierung; als Helfer gegen die Arbeiterklasse!

Das wird dadurch bemerkelt, dass die Bourgeoisie in Fragen, die in Verhältnis zu den entscheidenden Lebens und Machtinteressen der Arbeiterklasse eine verhältnismässig geringere Bedeutung haben (z.B. die Sozialpolitik, das Wohnungswesen usw.) der SP und Gewerkschaftsbürokratie Konzepte machen, damit sie in der Lage seien, die Massen hinter sich zu halten und zu Gunsten der Bourgeoisie zu gange.

Für die grossen Dienste, die sie an der Kapitalistenklasse leisten, gewährt diese ihnen verschiedenen Arten vom Standpunkt der Arbeiterklasse ist das ein Jude allein für die Dienste, die sie auf Kosten der Arbeiterklasse der Ausbeuterklasse leisten.

F) Kann man nach all dem sagen, dass die SP eine Arbeiterpartei, also die sie sich aus gibt.

Kann man darnach sagen, dass die Gewerkschaftsbürokratie reine Arbeitervertreter als die sie sich aus gibt?

Was sind sie wirklich nach den Wirkungen ihres Verhaltens für die Arbeiterklasse? Sie sind (bezahlte) Agenten der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse!

G) Wofür also müssen die Arbeiter gute vor allem kämpfen?

Siehe darüber die Lösungen im Artikel "Profithelfer!" (AB Nr. 57 und in der Broschüre Nr. 6).

H) Welche wichtigste Erkenntnis ergibt sich aus diesen Schlussfolgerungen für die Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten?

1) Niemand hilft Euch, wenn Ihr selbst Euch nicht hilft! Ihr müsst für Eure Interessen kämpfen!

2) Zum Kampf braucht Ihr Organisationen, die tatsächlich für Eure Hauptinteressen und auf deren Grundlage für alle Eure Interessen kämpfen!

a) Ihr braucht unumgänglich eine Partei, die Euren Hauptinteressen unter allen Umständen treu ergeben ist und bleibt.

Weder SP noch KP sind noch eine Partei! Sie sind entartet, sind Euren Hauptinteressen untreu geworden! Sie sind entartet zu Parteien der demoralisierten, schamrotzerischen Arbeiterbürokratie zum Ausschmarotzen Eurer Kampfkraft.

Gerade darin wurzelt heute die Schwäche der Arbeiterschaft. Um diese Schwäche zu überwinden, müssen sie sich unumgänglich aufbauen die ihren Hauptinteressen unter allen Umständen bis ans Ende treue proletarische Klassenpartei, die zugleich die Garantien bieten muss, dass sie nicht entarten wird, diese Hauptgarantie bietet die proletarische Demokratie. Ihr müsst auch daher aufbauen die Partei der proletarischen Demokratie, die proletarischdemokratische Arbeiterpartei, Arbeiterinternationale!

b) Ihr braucht gewerkschaftliche Kampforganisationen. Die Gewerkschaftsbeamten dürfen nicht herren sein über die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, sondern müssen sein versuchen

ihre sachverständigen B e r a t e r. Kampf für eine proletarisch-demokratische R e f o r m der Gewerkschaften! Diesen Kampf zu organisieren ist eine besonders wichtige Aufgabe der proletarischdemokratischen Arbeiterpartei.

V. Schlussbemerkungen

A) Wenn Nr. 1 Fragen aufwirft, die nicht unmittelbar zur Sache gehören, so wende die Methode des Zurückstellens an. Sag ihm: Die Frage, die Du aufwirfst ist wichtig, aber sie gehört nicht unmittelbar zur Sache. Notieren wir sie und besprechen wir sie nach der Frage der Leistungssteigerung.

B) Manchmal stößt unser Propagandist auf Argumente, denen er sich nicht gewachsen fühlt. In diesem Fall soll er sagen: Das muss ich überdenken, darüber sprechen wir das nächstemal. Inzwischen berichtet er unserer AAP und holt sich dort Rat.

C) Sind I) IV erfolgreich durchgeführt, so berät unser Propagandist, ob und welchem K u r s Nr. 1 zuzuführen ist und w i e das durchzuführen (Immunkalisierung nicht vergessen!).

D) Im Zuge der Aussprache soll unser Propagandist möglichst die Personaldata sammeln, die wir brauchen, um den neuen Mann gut zu beurteilen.

E) Manchmal wird es möglich sein, Nr. 1 AB Nr. 57 oder Broschüre 6 lesen zu lassen, ihm vor eventuell zu borgen (mit Zustimmung der AAP)

F) Ständige Berichterstattung an die AAP!!!

Dabei immer wieder die Frage zu prüfen, ob Nr. 1 aussichtslos und w i e die Aussprache mit ihm zu unterbrechen, für wie lange. Am besten sagen: Du brauchst weitere Erfahrungen. Dann werden wir unsere Aussprache fortsetzen. Immer diese so durchführen, dass der Betreffende Arbeiter nicht gekränkt wird.

G) Auch wenn die Aussprache mit Nr. 1 erfolgreich fortschreitet, soll unser Propagandist Nr. 2, 3, 4, 5, 6 sorgfältig weiter beobachten! Manchmal wird es möglich sein, Nr. 1 einem andern Propagandisten zu übergeben. Der Abgelüste versucht dann, an Nr. 2 analog heranzugehen und so fort.

15.9.1953.

Einzelpreis
10 Groschen
Im Wochen-
abonnement
S 3'70
in jeder
Verschleißstufe
Im Monats-
abonnement
S 16—
auch per Post

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs

Erscheint täglich
mit Ausnahme
von Montag

Redaktion u. Ver-
waltung: Wien 5,
Rechte Wienzeile
Nr. 97, Tel. B 20-510

Anzeigenannahme:
Wien 5, Rechte
Wienzeile Nr. 63,
Gassenlokal

Nummer 178

Wien, Dienstag, 4. August 1953

Gegründet 1889

Kommunistischer Krieg gegen die Hungernden

Reisesperre und Paketraub in Ost-Berlin

Berlin. Die westdeutsche Lebensmittel-pakethilfsaktion für die ostdeutsche Bevölkerung bereitet den ostdeutschen Kommunisten schwere Sorgen. Die Empörung in Ostdeutschland wächst wieder, weil das kommunistische Regime versucht, die Bevölkerung davon abzuhalten, Lebensmittelpakete aus West-Berlin zu holen.

Reisen nach Berlin verboten

Die erste, noch Samstag verfügte Maßnahme der Kommunisten war eine Beschränkung des Fahrkartenverkaufs. Das ostdeutsche Verkehrsministerium hat die Ausgabe von Fahrkarten nach den Bahnhöfen des Bahnbezirks Berlin „bis auf weiteres“ gesperrt.

Diese Maßnahme richtet sich, wie verlautbart wurde, gegen die „Ansichten der amerikanischen und der westdeutschen Kriegstreiber, die in West-Berlin Provokationen organisieren“. Bereits gelöste Fahrkarten, wurde weiter erklärt, könnten „vorläufig“ nicht benutzt werden, doch seien sie bis 31. August gültig.

Die Hennigsdorfer Arbeiter wollten Pakete holen

Sonntag früh besetzten mit Karabinern und Pistolen bewaffnete Volkspolizisten den Potsdamer Bahnhof der Stadtbahn, um den Bewohnern Brandenburg den Zugang nach West-Berlin zu verwehren. Dabei kam es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den kommunistischen Polizisten und der angesammelten Menschenmenge, wobei die Polizisten Warnschüsse abgaben.

Auf der Bahnstrecke Oranienburg—Berlin wurden alle Reisenden scharf daraufhin kontrolliert, ob sie zu den Lebensmittelabgabestellen in West-Berlin fahren wollen. Das gleiche geschah an der Zufahrtsstraße von Hennigsdorf nach West-Berlin.

Die Arbeiter des Stahlwerkes Hennigsdorf, die auch am Aufstand vom 17. Juni beteiligt waren, hatten bekanntgegeben, daß sie am Wochenende in großen Gruppen nach West-Berlin marschieren würden, um von dort Lebensmittelpakete abzuholen.

Aus Merseburg wird berichtet, daß mehr als 20.000 Arbeiter der Leuna-Werke zu streiken drohten, weil die Werkleitung ihr Versprechen gebrochen hätte, einen Sonderzug beizustellen, mit dem die Arbeiter nach Berlin fahren und Lebensmittelpakete abholen wollten.

Sie setzten sich auf die Schienen

In Groß-Schönebeck, nördlich von Berlin, blockierten rund zweihundert Einwohner mit einem Sitzstreik den Schienenstrang und legten damit für fünfundsiebzehn Minuten den Eisenbahnverkehr lahm. Erst als die örtliche Volkspolizei kasernierte Einheiten zur Hilfe gerufen hatte, konnte die Strecke unter Androhung von Waffengewalt wieder freigemacht werden.

Neben den Eisenbahnlinien sind auch sämtliche Straßen und Zufahrtswegen aus Ostdeutschland nach Berlin im Umkreis von fünfzig Kilometern abgeriegelt.

Alle Fußgänger, Radfahrer und Auto-reisenden müssen sich innerhalb dieses Sicherheitskreises scharfen Kontrollen unterwerfen. Wer ohne triftigen Grund nach Berlin will, wird zurückgeschickt.

Abgestempelt

Die West-Berliner Behörden bestätigen, daß zahlreiche Bewohner Ostdeutschlands nach West-Berlin zurückkehrten und in

ihren Ausweisen den von der Volkspolizei eingedruckten Stempel „Saboteur“ vorwiesen. Der Stempel war ihnen eingedruckt worden, als sie mit einem Lebensmittelpaket in eine Kontrollaktion der Volkspolizei gerieten.

An der Glienickei-Brücke in Potsdam wurden, wie Grenzgänger berichteten, den aus West-Berlin Zurückkehrenden die gerade empfangenen Lebensmittelpakete von einer Schar kommunistischer Jugendliche aus der Hand gerissen. Das weiße Mehl, das dabei verschüttet wurde, habe die ganze Straße bedeckt.

Sie kommen trotzdem

Bis Sonntagabend wurden an den Ausgabestellen in West-Berlin bereits rund 12 Millionen Pakete verteilt. Am Sonntag konnten infolge der kommunistischen Gegenmaßnahmen nur 40.000 Lebensmittelpakete ausgeben werden. Samstag waren es 300.000.

Die Verteilung von Lebensmittelpaketen wurde Montag fortgesetzt. Bereits in den

frühen Morgenstunden hatten sich tausende Ostdeutsche bei den sechs West-Berliner Verteilungsstellen eingeklinkt.

Die Volkspolizei setzte auch Montag die Beschlagnahme von Lebensmittelpaketen fort. In den Bahnhöfen Ostdeutschlands wurden abermals keine Fahrkarten nach Berlin verkauft.

Die kommunistische Stadtverwaltung von Ost-Berlin begann Montag ebenfalls mit einer „Lebensmittelpakethilfsaktion“. Aus Ost-Berlin wurden Pakete mit Flugblättern nach West-Berlin abgeschossen, in denen den Arbeitlosen und Pensionisten West-Berlin mitgeteilt wurde, daß sie in Ost-Berlin Lebensmittelpakete haben könnten. Diese seien freiwillig von Ostdeutschen abgeliefert worden, die sie in West-Berlin erhalten hatten, aber inzwischen überzeugt werden konnten, daß sie durch die Annahme den Imperialisten und Kriegstreibern helfen. Bis zur Mittagsstunde hatten sich etwa acht-hundert West-Berliner in Ost-Berlin eingefunden.

Der Hunger in Ostdeutschland — verboten



Aus ganz Ostdeutschland strömten Zehntausende nach West-Berlin, um sich ein Lebensmittelpaket zu holen. Hier die Menschenschlange vor einer Ausgabestelle

Warum Österreich kein Korea wurde

Innenminister Helmer über die Möglichkeit der Staatsvertragsverhandlungen

Innenminister Oskar Helmer sprach Sonntag bei einem Freundschaftstreffen von Wiener und niederösterreichischen Sozialisten in Krems und führte aus: Das Morden in Korea hat sein vorläufiges Ende gefunden. Nach amtlichen amerikanischen Zahlen sind in diesem Krieg zweieinhundert Millionen Menschen getötet, verwundet, vermisst oder gefangen genommen worden, ganz zu schweigen von den Opfern, die die Zivilbevölkerung bringen mußte. Vor mehr als drei Jahren zogen die von der Sowjetunion beherrschten Nordkoreaner aus, um „die von den Amerikanern unterdrückten Südkoreaner zu befreien“. Das wäre ungefähr so, wie wenn die Österreicher aus der sowjetischen Zone sich anschießen würden, die „Amerika-Oberösterreicher“ zu befreien.

Uns blieb eine ähnliche Befreiungs-aggression erspart, weil wir wachsam und klug genug waren, die demokratische Linie nicht zu verlassen, und weil wir uns gegen alle volksdemokratischen Lockungen im-mun gezeigt haben.

Seit acht Jahren warten wir auf die Einlösung eines von den Großmächten feierlich gegebenen Versprechens, unserem Lande seine Unabhängigkeit wiederzugeben.

Keine Separatverhandlungen

Nun soll es anscheinend Ernst werden! Was in 269 Sitzungen über unseren Staats-vertrag nicht zustande kam, scheint jetzt Aussicht auf Erfolg zu haben. Der 30. Juli brachte für uns, die durch erfreuliche Nachrichten nicht verwöhnten Österreicher, zwei Botschaften aus Moskau: den Verzicht des sowjetischen Elements auf die Besatzungskosten und eine Erklärung der Bereitschaft, uns den Staatsvertrag zu geben.

Es gab einiges Rätselraten darüber, ob mit Rußland Separatverhandlungen stattgefunden hätten.

Die klare Antwort ist: Nein! Die Note Österreichs, auf die sich die Antwort der Sowjetregierung beruht, ist nichts weiter als die Unterstreichungen schon früher vor-gebrachter Wünsche zum Staatsvertrag.

Die Russen verlangen, daß der vor Jahrenfrist erstellte Vorschlag eines Kurzvertrages zurückgezogen werden solle. Wir Österreicher haben gar nichts dagegen, wenn das geschieht, unser ganzes Interesse ist ein Staatsvertrag, der uns die Souveränität und die Freiheit bringt.

Deutsches und österreichisches Eigentum

Was das sogenannte deutsche Eigentum betrifft, so halten wir die Potsdamer Beschlüsse für eine Ungerechtigkeit und eine Fehlentscheidung. Was 1938 deutsches Eigentum war, ist ein besonderes Kapitel. Was und aber 1938 genommen und „organi-siert“ wurde, sollen wir zurückhalten. Das ist kein deutsches, das ist echtes österreichisches Eigentum.

Wir werden in dieser für unser Land entscheidenden Epoche nur dann erfolgreich sein, wenn kleinliche Erwägungen zurück-gestellt werden. Wir wollen und werden nicht vergessen, wer uns und unserem Lande in der Stunde der Gefahr und in der größten Not hilfreich beigestanden ist. Und ebenso darf nicht vergessen werden, welche Opfer die arbeitenden Menschen für den Wieder-aufbau und für die Erhaltung unserer Frei-heit — erinnern wir uns an 1949 — gebracht haben. Die Sozialisten waren es, die in Zeiten größter Bedrängnis und Gefahr ver-bunden haben, daß Österreich eine Volks-demokratie wurde.

Wenn wieder über den Staatsvertrag gesprochen wird, werden die Österreicher nicht mitstimmen können. Wir werden uns aber nicht das Recht nehmen lassen, in dieser unserer Existenzfrage wenigstens mitzureden.

Leistungs-löhne und Leistungssteigerung

Über die Notwendigkeit der Steigerung der Produktivität in der österreichischen Industrie ist in den letzten Jahren wohl sehr viel geredet und geschrieben, aber wenig dafür getan worden. Trotzdem ist es unerlässlich, immer wieder die Bedeutung der Produktivitätssteigerung als Mittel zur Verbesserung der Lebens-haltung zu unterstreichen und auf Erfolge hinzuweisen, die in Betrieben erzielt wurden, wo man sich ernstlich mit diesem Problem befaßt hat.

Der diesjährige Genfer Kongress des Internationalen Arbeitsamtes, in deren Beratungen die Steigerung der Produk-tivität eine wichtige Rolle spielte, lag der Bericht eines Expertenkomitees vor, in dem „Praktische Methoden für die Pro-duktivitätssteigerung in der Industrie“ aufgeführt werden. Eine dieser Methoden ist die Einführung von Leistungs-löhnen, die den Akkordlöhnen sehr ähnlich sind, jedoch das Leistungsprinzip noch stärker berück-sichtigen. Natürlich ist auch dieses System der Entlohnung keineswegs ein Allheilmittel, das überall angewendet werden kann; es ist vor allem an die Voraussetzung geknüpft, daß es mit Zustimmung und in enger Zusammenarbeit mit den Ver-tretern der Arbeiterschaft und in einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens ein- und durchgeführt wird. Es wird dort die besten Resultate geben, wo gleichzeitig auch innerbetriebliche Verbesserungen vorgenommen werden.

Folgendes sind die Vorteile der Leistungs-löhne: Sie steigern die Produk-tivität, verringern die Produktionskosten und erhöhen die Verdienste der Arbeiter. Sie gestatten eine geringere Überwachung der Arbeiter, so daß sich die Kontrollorgane mehr der Qualitätsüberprüfung widmen können. Die Arbeiter achten darauf, Zeitverluste auf ein Minimum zu be-schränken und Maschinen und Werkzeuge bestmöglich zu benutzen. Leistungs-löhne erleichtern die Kostenrechnung. Ander-seits hat die Erfahrung gelehrt, daß Leistungs-löhne mit folgenden Nach-teilen verbunden sein können, wenn nicht geeignete Vorkehrungen getroffen werden: Sie führen zu Qualitätsverschlechterungen. Zu hohe Normen oder zu niedrige garan-tierte Grundlöhne können die Gesundheit und die Arbeitsmoral beeinträchtigen und zu einer höheren Unfallrate führen. Nicht genügend aufeinander abgestimmte Lohn-sätze und zu große Unterschiede in den Verdiensten rufen Mißstimmungen unter den Arbeitern hervor.

Aber diese nachteiligen Folgen können meistens vermieden werden, und wenn alle Voraussetzungen zutreffen, kann das System der Leistungs-löhne Vorteile für alle Beteiligten bringen: für Arbeiter, Unternehmer und Verbraucher. Im all-gemeinen werden Leistungs-löhne für größere Unternehmen empfohlen, die in-stande sind den notwendigen Stab ge-schulter technischer Beamter einzustellen, um das klaglose Funktionieren des Systems zu gewährleisten. Es hat allerdings auch bei kleinen Firmen, die sich des Rates von Fach-leuten bedienen, schöne Erfolge gebracht.

Ein Zufall hat es gefügt, daß nahezu gleichzeitig mit der Veröffentlichung des erwähnten Expertenberichtes in der Monatszeitschrift der Arbeitsgemeinschaft der Österreichischen Gewerkschaft „Neue Technik und Wirtschaft“ ein Artikel erschien, der die Erfahrungen schildert, die in den verstaatlichten Aluminium-werken Ranshofen mit Leistungs-löhnen gemacht wurden. In Ranshofen wurde bereits 1949 mit Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung begonnen. Da der Mechanisierung und Automatisierung durch die Eigenart des Betriebes Grenzen gesetzt sind, trachtete die Leitung, die innerbetriebliche Organisation zu ver-bessern. Die verschiedenen Arbeiten wurden durch Arbeits- und Zeitstudien untersucht und die Arbeit so eingeteilt, daß Verlustzeiten möglichst vermieden werden. Es wurde besonders darauf ge-sehen, daß Leistungssteigerungen durch arbeitserleichternde Maßnahmen, nicht aber durch höhere körperliche Anstren-gung erzielt wurden. Ein Detail verdient besonders hervorgehoben zu werden, weil es die steigende Bedeutung der wissen-

Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit

Aber noch immer um 17.000 mehr als im vorigen Jahr

Ende Juli wurden bei den Landesarbeits-ämtern 134.285 vorgemerkte Arbeit-suchende, davon 72.181 Männer und 62.104 Frauen, gezählt. Gegenüber Ende Juni ist die Arbeitslosigkeit wohl um 8239 Personen gesunken, sie ist aber noch immer um mehr als 17.000 höher als Ende Juli 1952.

Größere Rückgänge verzeichnen die Lan-desarbeitsämter Wien, Niederösterreich und Steiermark. Am stärksten ist die Arbeits-losigkeit in den Bauberufen, nämlich um rund 4000 Personen, zurückgegangen. Im Vergleich zum vorigen Jahr hat die Arbeits-losigkeit im Juli heuer stärker abgenommen; die Zunahme betrifft nur Männer, während die Zahl der arbeitssuchenden Frauen gleich hoch ist.

schafflichen Forschung für die Betriebsorganisation zeigt: Untersuchungen des Dortmunder Max-Planck-Instituts für Arbeitsphysiologie führten zu gewissen Arbeitserleichterungen bei den Elektrolysen, wodurch der durchschnittliche Arbeitskalorienverbrauch pro Mann und Schicht von rund 1700 auf 1100 Kalorien reduziert werden konnte. Diese Umstellung hat nicht nur die körperliche Anstrengung der Arbeiter beträchtlich vermindert, sondern auch eine Steigerung der Produktivität der betreffenden Arbeitsgruppe um rund dreißig Prozent ergeben.

Die Leitung der Aluminiumwerke war sich bewußt, daß dauernde Produktivitätssteigerung nur zu erzielen ist, wenn die Arbeiter an der Erhöhung der Leistung beteiligt sind. Sie hat daher im Einvernehmen mit dem Betriebsrat und der Gewerkschaft ein neues Lohnsystem geschaffen, dessen Grundlage die Arbeitsplatzbewertung ist. Diese Methode wird in steigendem Maße in vielen Industrieländern, so auch in Deutschland, angewendet, um eine möglichst individuelle Entlohnung des einzelnen Arbeiters zu gewährleisten. Die weitgehende und komplizierte Arbeitsteilung in den großen Industriebetrieben kommt mit den stehengebrachten Beziehungen, wie qualifizierter und sonstiger Facharbeiter, angelernter Arbeiter, qualifizierter und sonstiger Hilfsarbeiter, nicht mehr aus: Innerhalb dieser Gruppen gibt es beträchtliche Unterschiede. Die Arbeitsplatzbewertung bedient sich eines Punktesystems, das beispielsweise folgende Elemente berücksichtigt: Ausbildung, Erfahrung, Verantwortung, geistige und körperliche Beanspruchung, Einflüsse der Umwelt (Lärm, Rauch, Hitze, Unfall- und Erkrankungsgefahr). Das Bewertungsverfahren ergab schließlich vierzehn verschiedene Lohngruppen, in denen eine jeder Arbeiter eingestuft wurde.

Für jede Lohngruppe wurde ein Grundlohn festgesetzt und dazu eine Leistungsentlohnung, die die persönliche Leistung über den Grundlohn berücksichtigt. Der Leistungslohn selbst wird entweder in Form von Leistungsprämien oder ausgerechnet, wo der Arbeitserfolg eindeutig meßbar ist; oder als Leistungszulage, wo dies nicht ohne weiteres möglich ist. Die Verrechnung erfolgt vierteljährlich.

Das neue Lohnsystem hat die Löhne entwertet: Die Spanne zwischen der niedrigsten und der höchsten Lohngruppe ist nun größer als früher. Im allgemeinen aber sind alle Löhne und Verdienste, und damit das Realeinkommen höher; zwischen 1948 und 1952 verbesserte sich in Österreich das Verhältnis zwischen Lohn- und Lebenshaltungsziffer, das als Wertmaß für den Lebensstandard angesehen werden kann, von 100 auf 125 Prozent, während es im gesamtösterreichischen Durchschnitt nur auf 108 Prozent stieg. Besonders eindrucksvoll sind die Zahlen, die über die Produktivität Aufschluß geben: Diese stieg zwischen 1949 und 1952 um 74 Prozent (österreichischer Durchschnitt in diesem Zeitraum 24 1/2 Prozent).

Die Problematik der Produktivitätssteigerung in Industriebetrieben ist gewiß nicht gering. Aber das Ranshofener Beispiel zeigt, daß Lösungen gefunden werden können, die allen Beteiligten gerecht zu werden versuchen. Von Interesse wäre allerdings, ob und inwieweit die ansehnliche Produktivitätssteigerung auch in den Preisen ihren Niederschlag gefunden hat, denn jede Leistungssteigerung muß, wenn sie nicht die Gefahr von Absatzstößen nach sich ziehen soll, zu guter Letzt auch dem Verbrauch zugute kommen.

K. A.

Was kann Österreich dazu tun?

Die Friedensstaube — gut versteckt

London. Der liberale „Manchester Guardian“ schrieb Montag über die letzten russischen Noten in der Frage des österreichischen Staatsvertrages unter anderem: Bei den neuesten russischen Schritten fühlt man sich an James Spill erinnert, bei dem ein Kind einmal die Faust entgegenstreckte und rief: „Halt, ob sie wohl einen Stein enthalten.“ Falls in der Note an Österreich die Friedensstaube enthalten sein sollte, ist sie immerhin sehr gut versteckt. Die Note an Österreich spielt auf „weitere Verhandlungen“ über den Staatsvertrag an. Sie ist so formuliert, daß der Ansehens erweckt wird, der Abschluß des Vertrages hänge größtenteils von Österreich ab.

Im Grunde kann aber Österreich nur wenig dazu tun, um den Vertrag zustande zu bringen, außer daß es um einen bißchen und das hat es schon seit Jahren getan.

Ein österreichischer Staatsvertrag, der das Blatt fort, kann jederzeit abgeschlossen werden, wenn alle beteiligten Mächte wollen. Doch ist nicht damit zu rechnen, daß sich die Sowjetunion damit einverstanden erklärt, es sei denn, als Teil einer allgemeinen Regelung der Deutschlandfrage und anderer Probleme in Mitteleuropa. Ob die Sowjetunion eine solche Regelung wirklich will oder nur die Möglichkeit abweist, ist die große Frage.

Aus der Republik

Volkswohnungen statt Besatzungskosten

Der Parteivorstand der Sozialistischen Partei hat beschlossen, bei der Bundesregierung und im Nationalrat anzuregen, daß der durch den Verzicht der russischen Besatzungsmacht auf die Besatzungskosten ersparte Betrag dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds zur Finanzierung des Volkswohnbaus zugewiesen werden soll. Ein solcher Beschluß der Regierung und des Nationalrates wäre die logische Fortsetzung der bisherigen Verwendung der durch Verzicht freigegebenen Teile der Besatzungskostensteuer. Als die Amerikaner im Jahre 1947 auf die Besatzungskosten verzichteten, wurde beschlossen, zuerst ein Viertel und dann die Hälfte des Ertrages der Besatzungskostensteuer für den Wiederaufbau von kriegszerstörten Wohnhäusern zu verwenden. Diesem Zweck dient der von den Amerikanern nicht in Anspruch genommene Teil der Besatzungskostensteuer auch heute.

Die Anregung des Parteivorstandes der Sozialistischen Partei sieht nun vor, daß die von den Russen künftighin nicht mehr in Anspruch genommenen Teile der Besatzungskosten dem Neubau von Volkswohnungen zugewendet werden.

Reisepässe für Belastete

Auf eine parlamentarische Anfrage der sozialistischen Abgeordneten Eibegger und Gensmann teilte Innenminister Heimer mit: Reisepässe an belastete Nationalsozialisten dürfen auf Grund eines alliierten Beschlusses aus dem Jahre 1947 nur mit alliiertem Geßamt ausgestellt werden. Dieser Zustand widerspricht den österreichischen Gesetzen nicht vorgesehene Härte darstellt und das Recht der freien Auswanderung verletzt. Im Kontrollabkommen ist vorgesehen, daß die Kontrolle des Reiseverkehrs nur so lange von den Alliierten ausgeübt werden soll, bis Österreich selbst Grenzkontrollstellen errichtet hat. Dies ist längst geschehen und die in dieser Frage bestehende Situation widerspricht daher auch dem Kontrollabkommen. Die Bundesregierung wird vom Alliierten Rat mit allem Nachdruck verlangen, daß die österreichischen Behörden uneingeschränkt Pässe und Sichtvermerke ausstellen dürfen.

Die Autobahn hängt noch in der Luft. Der dem Finanzminister nahestehende „Volkskrieger“ befaßt sich in seiner letzten Ausgabe mit der Autobahn und es ist immerhin bemerkenswert, daß man sich nun auch in diesen Krisen Gedanken über das Projekt zu machen und einzusehen beginnt, daß es da noch viele

Die italienische Regierungskrise

Rom. Staatspräsident Einaudi hat den stellvertretenden Ministerpräsidenten in der Regierung De Gasperi, Attilio Piccioni, mit der Neubildung der Regierung beauftragt. Piccioni, der dem rechten Flügel der Christlich-Demokratischen Partei angehört, hat den Auftrag mit der üblichen Einschränkung angenommen, daß er sich die Entscheidung bis zu einer Klärung, das heißt bis zum Abschluß der Verhandlungen mit den für die Regierungskandidaten in Betracht kommenden Parteien vorbehalten. Ihm wird die Absicht zugeschrieben, die Unterstützung der Monarchisten zu gewinnen, wenn die Liberalen und die Sozialdemokraten ihm eine Absage erteilen.

Piccioni war in der vorfaschistischen Zeit Abgeordneter der Katholischen Volkspartei, in der faschistischen Zeit war er aus dem politischen Leben ausgeschaltet. Seit 1948 gehört er der Christlich-Demokratischen Partei an, die er wiederholt in der Regierung vertrat.

Naumann kandidiert für den Bundestag

Hannover. Die rechtsgerichtete Deutsche Reichspartei stellte den früheren Staatssekretär im Propagandaministerium während der Maximal Dr. Werner Naumann, als Kandidaten für die Bundestagswahlen vom 6. September auf. Dr. Naumann, der vor einigen Monaten wegen neonazistischer Umtriebe von den englischen Besatzungsbehörden verhaftet und später den deutschen Gerichten übergeben worden war, wurde erst vor einigen Tagen auf Grund eines Beschlusses des westdeutschen Bundesgerichtshofes überraschend freigelassen. Auch der frühere Fliegeroberst Ulrich Rüdell, einer der bekanntesten Kampflieger der Hitler-Luftwaffe, wurde als Kandidat aufgestellt. Rüdell befindet sich derzeit in Argentinien, kommt aber oft auf Besuch nach Deutschland.

Bao Dai verhandelt mit Frankreich

Pas. Der Kaiser von Vietnam, Bao Dai, trat Sonntag in Frankreich ein, um mit der französischen Regierung Verhandlungen über den künftigen Status seines Landes aufzunehmen. Bao Dai erklärte nach der Landung, daß sein und seiner Regierung Ziel die völlige Unabhängigkeit Vietnams innerhalb der französischen Union sei.

Kairo. Der neue österreichische Gesandte in Kairo, Wilfried Oberlechner, Ministerpräsident General Naguib sein Beglaubigungsschreiben.

Schwierigkeiten zu überwinden gibt, bevor überhaupt an die Durchführung zu denken ist. Was die Beteiligung des Bundes anlangt, der durch fünf Jahre 400 Millionen Schilling aufbringen müßte, wird in dem Artikel darauf hingewiesen, daß „die Frage einer Beschaffung im Kreditweg noch nicht geklärt ist“. Noch weniger weiß man offenbar über die Beteiligung des Privatkapitals, von dem man sich ebenfalls 400 Millionen Schilling jährlich erhofft. Dazu schreibt der „Volkskrieger“:

Die Aussichten, das Geld flüssig zu machen, müssen auch deshalb mit einer gewissen Vorsicht beurteilt werden, weil hier die Verzinsung und Amortisation noch in Betracht zu ziehen sind. Es liegen gegenwärtig keine Zahlen über die Verkehrrichte auf der Strecke Salzburg-Wien vor und ebenso wenig Berechnungen über die Höhe der einzubehaltenden Mautgebühren, die einen geringen Ertrag abwerfen müßten, daß die Erhaltung der Straße sowie die Verzinsung und Amortisierung in einer für private Investoren attraktiven Form gewährleistet würden. Dabei ist überdies zu berücksichtigen, daß bei Heranziehung von privatem Kapital für eine verhältnismäßig rasche Amortisierung Sorge getragen werden muß.

Aber auch mit der von der ÖVP-Pressen zugestanden Beteiligung ausländischen Kapitals ist es Essig. Man habe zwar, berichtet der „Volkskrieger“, in der Schweiz und in Deutschland ein Interesse bekundet, „Dieser Umstand“, heißt es weiter, „ist gewiß erfreulich, doch ist der Weg von der Bekundung eines Interesses bis zur tatsächlichen Bereitstellung von Mitteln meist recht lang.“ — Wie man sieht, muß auch der „Volkskrieger“ zugeben, daß die ganze Finanzierung der Autobahn noch in der Luft hängt. Als vor zwei Wochen die Arbeiter-Zeitung diese Feststellung machte, erfuhrte sich die ÖVP-Pressen zu der Bemerkung, daß — die Sozialisten Arbeitslose wollen.

Kärnten und Jugoslawien. Der neue österreichische Gesandte in Belgrad, Dr. Wodak, stattete Montag Landeshauptmann Wedenig einen Besuch ab und besprach mit ihm Fragen, die das Land Kärnten und das Tätigkeitsgebiet des Gesandten in Jugoslawien betreffen. Dr. Wodak sagte dem Landeshauptmann seine volle Unterstützung für die Belange Kärntens bei der Wahrung der Interessen Österreichs in Belgrad zu.

Attlee in Jugoslawien

Belgrad. Der frühere englische Premierminister und Vorsitzende der Unterhausfraktion der Arbeiterpartei, Attlee, traf Montag zu einem dreiwöchigen Besuch Jugoslawiens in Belgrad ein. Er wurde vom Vizepräsidenten der Regierung, Pljeda, und dem Vorsitzenden der jugoslawischen Nationalversammlung, Sima Stankovic, Attlee, der General Marshall, Tito ist, während seines Aufenthaltes Industrieanlagen besichtigen und Aussprachen mit führenden jugoslawischen Politikern haben. Am Ende seiner Reise, die ihn nach Dubrovnik, Cetinje und Split führt, wird Attlee von Marshall Tito in dessen Sommerresidenz auf der Insel Brioni empfangen werden.

Der ehemalige englische Gesundheitsminister Bevan ist mit seiner Gattin, der Abgeordneten Jennie Lee, ebenfalls in Belgrad eingetroffen. Er ist Gast des Vizepräsidenten der Regierung, Djilas.

Der Senat nach dem Tode Tafts

Washington. Der Fraktionsvorsitzende der Demokraten im Senat, Johnson, teilte mit, daß die Demokraten die Schwächung der republikanischen Fraktion durch den Tod der Senatoren Taft und Tobey nicht dazu ausnützen werden, um zeitweilig die Führung im Senat an sich zu reißen. Das amerikanische Volk hat einen republikanischen Präsidenten und eine republikanische Mehrheit im Kongreß gewählt, der Präsident habe Anspruch darauf, daß der Kongreß von seiner Partei geführt werde.

Nach dem Tode Tafts und Tobey besteht der Senat aus 46 Republikanern, 47 Demokraten und dem unabhängigen Morse, einem ehemaligen Republikaner. Das amerikanische Wahlrecht sieht vor, daß die Ersatzsenatoren für freigebliebene Sitze im Senat durch die Gouverneure der Heimatstaaten der ausgeschiedenen Senatoren nach eigenem Ermessen zu bestimmen sind. Nachwahlen für Senatsplätze gibt es nicht. Da der Gouverneur von Senator Tafts Heimatstaat Ohio der Demokrat Lausche ist, muß angenommen werden, daß ein Demokrat als Nachfolger in den Senat einziehen wird. Senator Tobey Nachfolger wird wahrscheinlich ein Republikaner sein.

Tafts Begräbnis

Washington. In Washington fanden Montag in Anwesenheit Präsident Eisenhowers die Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Führer der Republikanischen Partei, Senator Taft, statt. Die sterblichen Überreste waren in dem großen Saal unter der Kuppel des Kapitols (des amerikanischen Parlamentsgebäudes) aufgebahrt, wo viele Tausende dem Senator die letzte Ehre erwiesen.

Dulles beruhigt Amerikas Verbündete

Keine endgültige Festlegung der amerikanischen Koreapolitik

Washington. Dulles gab vor seinem Abflug nach Korea eine Erklärung ab, in der er feststellte, daß das Ringen um einen gerechten Frieden in Korea nunmehr in ein zweites Stadium getreten sei. Es ist nur zu selbstverständlich, sagte er, daß ein vorläufiger Meinungsentscheid mit der südkoreanischen Regierung erfolgen soll.

Aber die Vereinigten Staaten werden sich nicht eilig in ihrer Haltung auf der politischen Konferenz über Koreas Zukunft festlegen, solange wir nicht das Ergebnis von Besprechungen auf weiterer Basis vorliegen haben.

Diese Feststellung des amerikanischen Außenministers wurde von seiner Umgebung dahingehend ausgelegt, daß sie eine eindeutige Versicherung an die übrigen am koreanischen Krieg beteiligten gewesen seien, daß ihre Ansichten volle Würdigung erfahren und die Vereinigten Staaten sich bemühen werden, ihre Politik bei der bevorstehenden politischen Konferenz mit der dieser Länder in Einklang zu bringen.

Mittwoch

beginnt der Gefangenenaustausch

Tokio. Der Radiosender der nordkoreanischen Hauptstadt Pjöngjang teilte mit, daß sich zwei Eisenbahnzüge mit Kriegsgefangenen der Vereinten Nationen auf dem Weg nach Kängon befinden. Die Kriegsgefangenen würden von dort nach Panmunschon transportiert, wo Mittwoch die ersten Gruppen ausgetauscht werden sollten. Die erste Gruppe werde etwa vierhundert Mann umfassen, unter ihnen eine Anzahl Engländer.

In Panmunschon wurden Vorbereitungen getroffen, damit der Austausch reibungslos vor sich gehe. Die Kommunisten haben dort eine große Baracke gebaut, die die Kriegsgefangenen aufnehmen soll, die die Vereinten Nationen freilassen werden. Die Vereinten Nationen beabsichtigen, täglich etwa 2400 Kriegsgefangene zu übergeben, von denen die ersten Gruppen bereits in Munjan eingetroffen sind.

Nam II — Koreas neuer Außenminister

Tokio. Radio Pjöngjang gab bekannt, daß der Leiter der kommunistischen Delegation bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Panmunschon, General Nam II, vom Präsidenten der nordkoreanischen Nationalversammlung zum Außenminister ernannt wurde.

Politische Beobachter schließen daraus, daß Nam II Nordkorea auch bei der bevorstehenden politischen Konferenz vertreten wird. Nam II hielt sich mehr als drei Jahre in Rußland auf und spricht perfekt Russisch.

Musaddiq Volksabstimmung

Ein „hundertprozentiger“ Erfolg

Teheran. Montag wurde in der persischen Hauptstadt Teheran und in ihrer Umgebung die sogenannte Volksabstimmung über die von Ministerpräsident Musaddiq geforderte Auflösung des Abgeordnetenhauses durchgeführt. Nach noch nicht offiziell bestätigten Meldungen trug die Zahl der Stimmen für die Auflösung in Teheran 101.000, die Zahl der Gegenstimmen 60.

Die Volksabstimmung, durch die Musaddiq hofft, endgültig uneingeschränkte Vollmachten zu erhalten, war nicht geheim. Die Stimmzettel mußten den Namen des Wählers, seine Kennkartennummer, seine Adresse und den Daumenabdruck enthalten. Die Stimmen wurden auf vier großen Plätzen Teherans gesammelt, und zwar waren die Wahllokale für Ja- und Neinstimmen getrennt.

Die Abstimmung in den übrigen Teilen des Landes findet im Laufe der Woche statt. Radio Teheran teilte bei der Bekanntgabe des Ergebnisses mit, daß die Abstimmung mit einer großen Mehrheit für die Abstimmungsmenge um eine Stunde verlängert worden war. Alle Regierungsämter und Kaufhäuser waren geschlossen. Die Beschränkungen auf Grund des Kriegszustandes wurden für den Abstimmungstag gemildert.

Die Kommunisten und Musaddiq

Die Kommunisten, die Musaddiqs Forderung nach Neuwahlen unterstützen, veranstalteten einen Aufmarsch durch die Straßen Teherans.

Der einflußreichste Gegner Musaddiqs, der religiöse Führer und bisherige Parlamentspräsident, Kaschani, hatte die Bevölkerung aufgefordert, die Abstimmung zu boykottieren. Sein Haus war von einem Militärkontingent umgeben, das nicht passieren ließ. Sonntag wurde ein Anhänger Kaschanis getötet und fast hundert andere trugen Verletzungen davon, als sie die Postenkette durchbrechen wollten.

Moskau. Wie das Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei von Georgien bekanntgab, wurde A. N. Inauri zum neuen Innenminister von Georgien ernannt. Inauri tritt an die Stelle des kürzlich unter der Beschuldigung verfallener Tätigkeit von diesem Posten entfernten Wladimir Dekanow.

Washington. Präsident Eisenhower ernannte Harold Stassen zum Direktor des neugeschaffenen Amtes für Auslandsverhältnisse (Foreign Operations Administration). Dieses Amt tritt an die Stelle des Amtes für gemeinsame Sicherheit (Mutual Security Agency), das Stassen bisher geleitet hat.